

Wolfgang Schäuble:

Rot-Grün kann es nicht

„Reform“ könnte zum „Unwort des Jahres“ werden. Schuld daran wäre die Schröder-Regierung. Denn das Chaos, das sie und die Koalitionsfraktionen derzeit unter dem Etikett „Reformen“ anrichten, zerstört jegliche Bereitschaft, die notwendigen Veränderungen beherzt anzugehen und Haushalt, Steuern und soziale Sicherungssysteme für die Zukunft fit zu machen.

Die grundsätzliche Notwendigkeit für solche Reformen ist unbestritten, die Bereitschaft dazu auch ganz überwiegend vorhanden – allein die Unfähigkeit und der Dilettantismus der Regierung Schröder setzen alles aufs Spiel und gefährden so die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Mit völlig untauglichen Mitteln

Am Beispiel der rot-grünen „Gesundheitsreform“ wird dies erschreckend deutlich. Zunächst werden die Reformansätze der Vorgängerregierung, die sowohl zu Beitragsstabilität als auch zu ausgeglichenen Finanzverhältnissen in den Krankenkassen geführt hatten, ohne Not zurückgenommen. Den daraufhin eingetretenen Schaden – drohende Beitragssteigerungen und Finanzschwäche bei den Krankenkassen – versucht die Schröder-Regierung jetzt mit völlig untauglichen Mitteln wieder in den Griff zu bekommen. Global-Budget und Beschränkung der freien Arzt-

Fortsetzung auf Seite 5

HEUTE AKTUELL

● Jahresgutachten

Generalsekretärin Angela Merkel: Schröders Wirtschafts- und Sozialpolitik generell korrekturbedürftig. Seite 5

● Länderfinanzausgleich

Urteil für Länderautonomie in der Steuerpolitik nutzen. Seite 6

● Ministerpräsident Roland Koch:

Erfolgreiche Arbeit wird sich künftig mehr lohnen als bisher. Seite 7

● Haushalt

„Sparpaket“ steuert in die falsche Richtung. Seite 8

● Ausbildungsförderung

Union legt eigenes BAföG-Konzept vor. Seite 12

● CDU/CSU-Antrag

Ein modernes Stiftungsrecht für das 21. Jahrhundert. Seite 16

● Asylrecht

Roland Koch: Anträge von Asylbewerbern an Europas Außengrenzen bearbeiten. Seite 20

● CDU Rheinland-Pfalz

Nur Risiken mit Nebenwirkungen. Christoph Böhr zur rot-grünen Gesundheitsreform. Seite 24

Schlampig

Es ist nur wenige Tage her, da hat sich Kanzler Schröder laut über die Unprofessionellität seiner rot-grünen Truppe mokiert. Gesundheitsministerin Fischer scheint die Mahnung nicht mitbekommen zu haben. Denn was sie und ihre Experten im Bundestag in Sachen Gesundheitsreform boten, war nicht nur unprofessionell, sondern schlampig und dilettantisch. **Express**

Pleiten, Pech und Pannen

heißt eine populäre Fernsehserie. Die rot-grüne Bundesregierung könnte mit den Pannen bei ihrer Gesetzgebung inzwischen längst einen festen Sendeplatz im öffentlich-rechtlichen Fernsehen beanspruchen. Das jüngste Beispiel wurde denn auch gleich bundesweit übertragen. Vor laufenden Kameras stellte sich bei der 2. und 3. Lesung der Gesundheitsreform 2000 heraus, dass eine wesentliche Änderung, die das Gesetz im Gesundheitsausschuss erfahren hätte, gar nicht in die Gesetzesvorlage eingearbeitet war. **Handelsblatt**

512 Seiten Pfusch

Der Gesetzentwurf zur Gesundheitsreform ist vorübergehend dort versunken, wo er von Beginn an angesiedelt war: im Chaos. Was sich im Bundestag abspielte, hat diese Demokratie noch nicht erlebt. Die Volksvertreter sollten über eine 512 Seiten starke Vorlage befinden, die sie gar nicht zur Kenntnis nehmen konnten, da der Entwurf erst spät am Vorabend mit 175 Änderungsanträgen durch den zuständigen Ausschuss gepeitscht worden war. **Rheinische Post**

Helmut Kohl: Mut und Taten, die nie vergessen werden dürfen

Zehn Jahre sind nun vergangen, seit die bewegenden Bilder der großen Freude und des Glücks der Deutschen über die Aufhebung der gewaltsamen

Trennung unserer gespaltenen Nation von Berlin aus um die Welt gingen. Sie machten deutlich, dass die Mehrheit der Deutschen in Ost und West auch

nach vier Jahrzehnten nicht bereit war, die Teilung unseres Vaterlands als endgültiges Urteil der Geschichte hinzunehmen. Die Bilder erzählen aber auch

die Geschichte eines Triumphes der Freiheit. – Möglich geworden ist dies nicht zuletzt durch den Mut der Menschen, die sich gegen die Diktatur er-

hoben haben. Sie haben sich nicht durch Gewalt einschüchtern lassen, sondern haben friedlich demonstriert, bis Mauer und Diktatur fielen.

DAS WICHTIGSTE NR. 36 DER WOCHE AUF EINER SEITE

Der 9. November 1989 gehört zu den schönsten Tagen der deutschen Geschichte in diesem Jahrhundert.

CDU-Generalsekretärin Angela Merkel

CDUNet: „Quantensprung gelungen“

„Bravo und Danke! Bitte weitermachen auf diesem Weg.“ Ob per E-Mail oder als Beitrag im Diskussionsforum, die Reaktionen der Mitglieder auf das am 1. Oktober gestartete exklusive CDUNet waren durchweg sehr positiv. „Gut gelungen! Macht jedes Mal neu Spaß zu surfen“, war einer der über 200 Kommentare zum CDUNet.

Die positiven Rückmeldungen verknüpften viele Mitglieder mit einem Hinweis auf ihre konkreten Wünsche und Erwartungen an das CDUNet-Mitgliedernetz: Während sich einige für ihre Arbeit im kommunalpolitischen Bereich ein „erhebliches Plus an Informationen“ erhoffen, begrüßen andere die Möglichkeit, „sehr detailliert“ über den Stand der Programmdebatte in den Präsidiumskommissionen unterrichtet zu werden. Denn gerade in der Oppositionsphase, in der die inhaltliche Auseinandersetzung um den zukünftigen Kurs der Partei im Vordergrund steht, wünschen sich viele, am Diskussionsprozess über Anträge und Reformprojekte beteiligt zu werden.

Die Parteibasis begrüßt zudem, dass sich die Mitglieder im CDUNet „intern“, also quasi „unter uns“, über Aktionen und Ideen austauschen können.

Ungeachtet der vielen zustimmenden und ermutigenden Reaktionen hatten einige Mitglieder Probleme bei der Anmeldung ins CDUNet. Darum hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle eine Hotline eingerichtet, an die sich die Mitglieder mit ihren Fragen oder Anregungen richten können:

**Hotline: 0228 / 544 489
Fax: 0228 / 544 488
E-Mail: cdunet@cdu.de**

Um den Zugang vom InfoNet (dem Intranet für CDU-Funktions- und Mandatsträger) ins CDUNet zu erleichtern, ist auf der InfoNet-Homepage ein Banner installiert worden. Von dort aus gelangen alle Surfer mit einer InfoNet-Kennung ohne zusätzliche Eingabe der Mitgliedsnummer direkt ins CDUNet.

Wer als Funktions- und Mandatsträger noch keine Zugangskennung zum Infonet hat, kann sie per Fax oder per E-Mail unter Angabe seiner vollständigen Adresse und seiner Funktion innerhalb der CDU beantragen:

**Fax: 02226 / 802 183
E-mail: alexandra.grigo@ubgbonn.de**

Es ist höchste Zeit

„die sehr weitgehende Ausgestaltung des Asyls im Grundgesetz durch eine einfachgesetzliche Regelung abzulösen“. Mit diesen Worten begrüßte der baden-württembergische Innenminister

Thomas Schäuble ein Umdenken von Bundesinnenministerin Schily beim Asylrecht und damit die Möglichkeit, in dieser Frage auch zu einer gerechteren Lastenteilung in Europa zu kommen.

Die Note „mangelhaft“

verdient nach den Worten des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues, die Arbeitsmarktpolitik der rot-grünen Koalition. Während im letzten Jahr der Re-

gierung Kohl die Zahl der Arbeitslosen um rund 400.000 zurückgegangen ist, hat sie sich im ersten Jahr der Regierung Schröder gegenüber dem Vorjahr gerade einmal um 8.000 vermindert.

Fortsetzung von Seite 1

wahl heißt das rot-grüne Rezept – und das führt unweigerlich zur Rationierung von Gesundheitsleistungen und damit zu einer Zwei-Klassen-Medizin. Denn um sein begrenztes Budget nicht vorzeitig auszus schöpfen, wird der Arzt teure Behandlungen nicht mehr verschreiben, es sei denn, der Patient bezahlt aus eigener Tasche. Dann wird am Ende nur der optimal versorgt, der es sich finanziell leisten kann.

Allen übereinstimmenden Warnungen der Fachleute zum Trotz zieht die Regierungsmehrheit unter Inkaufnahme unsäglichler Pannen und Fehler im Bundestag diese untaugliche „Gesundheitsreform“ durch. Und es ist ziemlich abstrus, die Opposition erst zu einem Zeitpunkt zum Gespräch einzuladen, wo das Gesetz im Bundestag bereits verabschiedet ist. Im Übrigen ist das Gesetz nach Auffassung aller Fachleute so verkorkst, dass nur ein Neuanfang, keine Reparatur möglich ist.

Immer wieder neue Anläufe

Was wir brauchen und wollen, ist ein Neuanfang in der Gesundheitspolitik, der ein Gleichgewicht herstellt zwischen Solidarität und Eigenverantwortung, indem kleine Risiken sozial zumutbar wieder vom Einzelnen, die großen Risiken, die den Einzelnen überfordern, aber von der Solidargemeinschaft getragen werden. Dazu hat die Union in dieser Woche Vorschläge vorgelegt, über die wir jederzeit Gespräche mit der Regierung zu führen bereit sind.

Auch bei den anderen Gesetzgebungsvorhaben, die in dieser Woche vom Deutschen Bundestag in zweiter und dritter Lesung mit rot-grüner Mehrheit durchgepaukt wurden, ist das Chaos nicht geringer. Ob Haushaltssanierungs- oder Steuerbereinigungsgesetz, ob die x-wievielte Korrektur bei den 630 DM-Jobs und der Neuregelung

der Scheinselbstständigkeit – das Gewürge aus Ankündigungen und Dementis, unausgegorenen Konzepten, aus Protesten, Rückziehern und wieder neuen Anläufen nahm und nimmt bis heute kein Ende. Selten hat eine neue Regierung in so kurzer Zeit so viel Durcheinander verursacht, so viele Erwartungen enttäuscht, so viel Kredit verspielt wie die Regierung Schröder.

Noch besteht eine Chance

So wie bisher kann es jedenfalls nicht drei Jahre weiter gehen im Deutschland. Das verträgt das Land nicht, und das haben seine Menschen nicht verdient. Aus eigener Kraft wird es die rot-grüne Regierung nicht schaffen, so viel steht nach der Erfahrung dieses Jahres fest. Deswegen fordern wir den Bundeskanzler auf, unser Angebot endlich aufzugreifen und mit uns in ernsthafte Gespräche einzutreten darüber, was in jeweiliger Verantwortung von Regierung und Oppositionen im Bundestag, aber auch im Bundesrat in den nächsten Wochen und Monaten geschehen kann, damit sich die drei weiteren Jahre dieser Legislaturperiode wenigstens nicht so verheerend fortsetzen, wie die ersten zwölf Monate der Regierung Schröder gewesen sind. Noch besteht eine Chance, gemeinsam manches anders und vieles sehr viel besser zu machen.

Dagmar Schipanski „Frau des Jahres“

Mit diesem Ehrentitel hat der Deutsche Staatsbürgerinnen-Verband (DSV) die parteilose Thüringer Wissenschaftsministerin ausgezeichnet. Besonders beeindruckt war die Jury von der Souveränität, mit der Dagmar Schipanski als Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten öffentlich aufgetreten ist.

Pressestimmen

Kein gutes Haar

Der Sachverständigenrat lässt an der Wirtschaftspolitik von Rot-Grün kein gutes Haar. Zur Arbeitslosigkeit: Keine nennenswerten Erfolge. Zum Sparpaket: Es sei keines, denn eingespart würden allenfalls unbedeutende 7,5 Milliarden. Zur Steuerreform: Falsch, ja undurchführbar. Zum Bündnis für Arbeit: Mehr Risiken als Chancen. Das einstige Wirtschaftswunderland, so resümieren die Fünf Weisen im Tone der Resignation, 'werde seine in der Vergangenheit erworbene starke Position in der Weltwirtschaft wohl nicht halten können'. Die fünf Professoren sind wahrhaft unabhängig und bekannt für ihre klare Sprache. Bei ihnen lässt sich schon seit Jahren nachlesen, warum das Land seiner Probleme nicht Herr wird und Gefahr läuft, in der Liga der erfolgreichen Volkswirtschaften nach unten durchgereicht zu werden.

Rheinische Post

Düsteres Bild

Die fünf Professoren zeichnen ein düsteres Bild vom Wirtschaftsstandort Deutschland - zu Recht. 'Wie schwer muss der Problemdruck noch auf Deutschland lasten, damit die politisch Verantwortlichen endlich handeln?', lautet fast schon resigniert das Fazit zur Lage auf dem Arbeitsmarkt. Wohl wahr. Dass die Zahl der Arbeitslosen im nächsten Jahr leicht sinken wird, hat überwiegend demographische Gründe. Die Arbeitslosigkeit sinkt nicht wegen, sondern trotz Rot-Grün. Die Rezepte des Sachverständigenrates sind bekannt - sie werden durch ständiges Wiederholen auch nicht falsch. Der deutsche Arbeitsmarkt ist zu stark reguliert; oft fehlt der Anreiz, sich einen neuen Job zu suchen. Kurzum, der Schutz der Arbeitsplatzbesitzer schmälert die Beschäftigungschancen der Arbeitslosen. Weil gerade Sozialdemokraten solche Einsichten als neoliberal zu diffamieren

ren versuchen, haben Reformen hierzulande kaum eine Chance. Süddeutsche Zeitung

Vernichtende Kritik

Die Wirtschaft und ihre Vordenker mausern sich zur außerparlamentarischen Opposition unerwarteter Art. Einst war die linke Intelligenz der gesellschaftliche Impulsgeber, heute sind es die Wirtschaftseliten. Der Primat des Politischen ist gebrochen, weil alle Ideologien entlarvt sind; das ökonomische Prinzip verbleibt als Residuum der Pragmatik und Klarheit. So ist auch die Kritik der fünf Wirtschaftsweisen an der rot-grünen Wirtschaftspolitik erfrischend deutlich, geradezu vernichtend - aber völlig richtig. Mit Recht fordern die Konjunkturforscher endlich 'durchgreifende Reformen' und 'mehr Verlässlichkeit'. Der labile Konjunkturaufschwung, die leicht sinkenden Arbeitslosenzahlen kämen nicht wegen, sondern trotz der Regierung.

Die Welt

Kleiner Parteitag zur Familienpolitik

Brücken bauen – das ist das Motto des „Kleinen Parteitages“ zur Familienpolitik, der am 13. Dezember in Berlin stattfindet.

Wolfgang Schäuble: Wir wollen Brücken in das 21. Jahrhundert bauen, Brücken für gerechte Lebensancen, für faire Partnerschaften zwischen Mann und Frau, für die Zukunft unserer Kinder.

Nach dem Bericht des Parteivorsitzenden wird Generalsekretärin Angela Merkel berichten und in den Antrag des Bundesvorstands „Lust auf Familie. Lust auf Verantwortung“ einführen.

Nach Aussprache zum Bericht der Generalsekretärin und Beratungen soll der Antrag verabschiedet werden.

Schröders Wirtschafts- und Sozialpolitik generell korrekturbedürftig

Zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates erklärte Generalsekretärin Angela Merkel:

Die rot-grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik ist von Grund auf falsch ausgerichtet und somit generell korrekturbedürftig – dies ist das Fazit des heute vorgelegten Jahresgutachtens der „Fünf Weisen“ zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Weltweit verbessern sich die wirtschaftlichen Perspektiven, und die Wachstumserwartungen werden ständig nach oben korrigiert. Während aber viele Staaten gleichzeitig ihre wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert haben, geht die Politik der Regierung Schröder in die verkehrte Richtung.

Falsche Politik

Der rot-grünen Bundesregierung gelingt es nicht, die günstige weltwirtschaftliche Konjunktorentwicklung dazu zu nutzen, endlich eine richtige und durchgreifende Reformpolitik zu machen. Vielmehr ist in Deutschland kein Ende der Investitionsschwäche der Unternehmen sowie keine Wende am Arbeitsmarkt zu erkennen. Der leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit ist vor allem demographisch bedingt, auch die Wachstumsprognose von 2,7 % für das kommende Jahr ist praktisch ausschließlich mit außenwirtschaftlichen Faktoren zu begründen.

Ob Steuerreform, Arbeitsmarktpolitik, Rentenreform oder „Bündnis für Arbeit“ – in allen Bereichen attestieren die „Fünf Weisen“ der Schröder-Regierung eine unzureichende und im Kern falsch ausgerichtete Politik. Sie fordern „unverzög-

lich“ eine durchgreifende Steuerreform sowie eine „konsequente“ Reform der Rentenversicherung.

Mit der Mahnung, die Regierung dürfe sich nicht dazu verleiten lassen, „grundlegende Strukturreformen als weniger dringlich zu empfinden“, wird mit diplomatischen Worten auf die tatsächliche Misere der unberechenbaren und konzeptionslosen Politik von Rot-Grün hingewiesen.

Schlimmes Zeugnis

Am schwersten wiegt aber die hohe und verfestigte Arbeitslosigkeit, die laut Sachverständigenrat in erster Linie auf die mangelnde Verlässlichkeit der von der Regierungspolitik gesetzten Rahmenbedingungen zurückzuführen sei. Für einen Bundeskanzler, der sich am Abbau der Arbeitslosigkeit messen lassen wollte, ist dies ein niederschmetterndes Zeugnis.

Schröders Kommentar zum Jahresgutachten – „Das kann sich sehen lassen“ – verdeutlicht, dass die von ihm geführte Regierung nicht nur die eigenen Ziele, sondern auch die Probleme der Menschen in Deutschland völlig aus dem Blick verloren hat.

Kanzler Schröder ist aufgefordert, endlich für durchgreifende Reformen zu sorgen: Für eine Steuerreform mit deutlicher Nettoentlastung von Bürgern und Unternehmen, für eine langfristige und berechenbare Rentenreform, für eine solidarische und patientenorientierte Gesundheitsreform.

Weitere Informationen zum Thema unter:
<http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de>

Urteil für Länderautonomie in der Steuerpolitik nutzen

Zum Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Länderfinanzausgleich erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Beschluss zum Länderfinanzausgleich den Weg für durchgreifende Reformen des Ausgleichssystems freigemacht. Diese Chance muss die Politik nutzen. Es reicht nicht aus, einige Stellschrauben im bestehenden System neu zu justieren. Wir brauchen vielmehr einen Durchbruch zu mehr Steuerautonomie der Länder. Die Bundesländer müssen in die Lage versetzt werden, über eine eigenständige Steuerpolitik geeignete Rahmenbedingungen für die Wirtschaft setzen zu können. Sie müssen die Chance bekommen, Wirtschaftsansiedlungen nicht nur über Subventionen aller Art, sondern vielmehr über eine gute Steuerpolitik anzulocken. Und sie müssen die Früchte einer guten Wirtschaftspolitik in Form höherer Steuereinnahmen selbst ernten können.

Hilfreiche Entscheidung

Erste Stellungnahme des sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf zum Länderfinanzausgleich-Urteil des BVerfG:

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist handwerklich hervorragend, und es ist weise. Es gibt die Aufgabe an die Politik zurück, die diese bisher nicht hat lösen können und macht eine Reihe von Vorgaben für die Erledigung dieser Aufgabe.

Aus Sicht der ostdeutschen Länder ist die Gerichtsentscheidung besonders zu be-

grüßen, weil sie den Solidarpakt bis zum Jahr 2004 unberührt lässt, also ein verfassungsrechtliches Plazet für den Solidarpakt erteilt. Aus gesamtdeutscher Sicht ist die Entscheidung sehr hilfreich, weil sie die dringend notwendige Neuordnung der Finanzverfassung unterstützt, befördert und auch beschleunigt.

Klarer Auftrag

Positiv hat auch Thüringens Ministerpräsident Bernhard Vogel das Verfassungsgerichtsurteil bewertet.

Erfreulich sei vor allem, dass die Berechtigung besonderer Leistungen für die neuen Bundesländer berücksichtigt und damit die Notwendigkeit des Solidarpakts bestätigt worden ist.

Bernhard Vogel: Das Urteil ist ein klarer Auftrag an die Politik und bringt für die nächsten Jahre Stabilität.

Mehr Wettbewerb

Erklärung des Justitiars der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andreas Schmidt:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes. Sie wird den Wettbewerb unter den Ländern fördern. Denn das Gericht stellt ausdrücklich fest, dass der horizontale Finanzausgleich die Finanzkraftunterschiede unter den Ländern nicht beseitigen und in ihr Gegenteil verkehren darf. Dieser Leistungsanreiz für die Länder stärkt damit den Föderalismus. Das Urteil ist zugleich ein wichtiger Beitrag zur finanzwirtschaftlichen Verteilungsgerechtigkeit zwischen Bund und Ländern.

Ministerpräsident Roland Koch:

Erfolgreiche Arbeit wird sich künftig mehr lohnen als bisher

Deutschlands höchstes Gericht hat gesprochen und klare Fakten geschaffen. Ich kann die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Länderfinanzausgleich gegen den die Hessische Landesregierung in Karlsruhe geklagt hat, nur ausdrücklich begrüßen.

Jetzt ist klar, dass die bisherige Regelung verfassungswidrig ist und in fairen, partnerschaftlichen Verhandlungen aller Bundesländer ein neuer, gerechter Finanzausgleich erarbeitet werden muss. Das derzeitige, nunmehr bis 2004 auslaufende System bestrafte die erfolgreichen „Südländer“ Baden-Württemberg, Bayern und Hessen, ließ ihnen zu wenig von den erwirtschafteten Mitteln und bot zugleich für finanzschwache Länder keine Anreize, ihre Einnahmeverhältnisse zu verbessern.

In den letzten 10 Jahren hat sich beispielsweise der hessische Beitrag an die anderen Bundesländer durch den Länderfinanzausgleich annähernd verdoppelt; allein in den letzten 3 Jahren haben wir mehr als 9,6 Milliarden DM abgeführt. Spätestens im nächsten Jahr werden wir die 4-Milliarden-DM-Grenze übersteigen. Die enorm hohe Belastung des Landes Hessen wird besonders im Vergleich zu den übrigen zahlenden Ländern deutlich. Jeder hessische Bürger wurde im Jahr 1998 mit durchschnittlich 570 DM und damit um fast 60 % mehr belastet als die Einwohner des nächst stärksten Geberlandes, der Hansestadt Hamburg.

Dieses ist eine enorme Belastung, vor allem aber hat das vor Länderfinanzausgleich wirtschafts- und finanzstärkste Bundesland Hessen nach Länderfinanzausgleich keine

größeren Ausgabenspielräume als andere Länder. Das Gegenteil ist der Fall. Dem Land verbleiben am Ende weniger Einnahmen pro Kopf als vielen anderen Bundesländern. Hessen rutscht derzeit durch das sehr komplexe System des Finanzausgleichs in seiner Finanzkraft vom 1. Platz auf Rang 9. Dieser absurden Übernivellierung hat das Bundesverfassungsgericht jetzt ein Ende gesetzt. Dabei möchte ich aber ausdrücklich betonen, dass es auch zukünftig Solidaritätspflichten gegenüber den anderen Ländern, vor allem den neuen Bundesländern gibt. Es war übrigens auch, entgegen anderer Behauptungen, niemals unsere Absicht, diese Solidaritätspflicht aufzugeben.

Wir werden in Hessen, daran besteht jetzt jedoch schon vor Beginn der Verhandlungen über den neuen Länderfinanzausgleich kein Zweifel, zukünftig mehr Geld für Polizisten, Lehrer und Straßenbau zur Verfügung zu haben. Dies ist ein großer Erfolg unserer Klage. Wir wissen nach der Karlsruher Entscheidung, dass die Geberländer, die immer die Minderheit der Länder waren, nicht weiter dem Diktat der Mehrheit der Nehmerländer ausgesetzt sind. Es wird vielmehr objektive Kriterien geben, die die Verteilung von Mitteln im Ausgleichssystem herbeiführen. Das ist ein sehr wichtiger Maßstab für uns.

Die wichtigste Botschaft für Hessen ist aber, dass sich erfolgreiche Arbeit in Zukunft mehr lohnen wird als bisher. Es wird Schluss damit sein, dass Hessen von 1 Million DM Mehreinnahmen an Lohn- und Einkommenssteuern, nach dem Länderfinanzausgleich nur noch 42.100 DM, also lächerliche 4,21 % bleiben. ■

„Sparpaket“ steuert den Haushalt in die falsche Richtung

Zum Abschluss der Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages erklärten der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann, und der Vorsitzende des Arbeitskreises Finanzen und Haushalt der CSU-Landesgruppe, Bartholomäus Kalb:

1. Die rot-grüne Bundesregierung spart nicht, sondern erhöht Steuern und Abgaben

Während die Gesamtausgaben des Bundes zwischen 1993 (457,8 Mrd DM) und 1998 (456,9 Mrd DM) praktisch unverändert blieben, plant Hans Eichel nach dem neuen Finanzplan bis 2003 einen Anstieg der jährlichen Bundesausgaben um fast 50 Mrd DM auf 503,8 Mrd DM. In der Legislaturperiode bis 2002 gibt Rot-Grün rund 120 Mrd DM mehr aus als die frühere Bundesregierung in der vorangegangenen Legislaturperiode; die Mehrausgaben sind damit rund doppelt so hoch wie im Vergleich der letzten beiden vorangegangenen Legislaturperioden. Nach Ende der Haushaltsberatungen steht fest: Von „Sparen“ kann bei Rot-Grün keine Rede sein. Die gesamtwirtschaftliche Steuer- und Abgabenbelastung steigt weiter an. Dies haben auch die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten festgestellt. Ursächlich hierfür ist u. a., dass die Bundesregierung entgegen ihren ursprünglichen Versprechungen die Mehreinnahmen aus der Öko-Steuer zu einem großen Teil nicht zur Senkung der Beitragslast, sondern zur Finanzierung des Bundeshaushaltes verwendet. Im Jahr 2000 wachsen die Ausgaben gegenüber 1998 um etwa 20 Mrd DM; die Steuereinnahmen steigen dagegen um rund 47 Mrd DM an.

2. Zu wenig Investitionen – zu viel Konsum

Trotz des erheblichen Zuwachses der Gesamtausgaben nimmt der Anteil der Investitionen weiter ab. Im Haushalt 2000 stehen nach den Haushaltsbeschlüssen der Koalition für Straßenbau, Schienenwegebau, Forschung, Wirtschaftsförderung, neue Technologien, militärische Beschaffungen, Hochbau und Bauunterhaltung deutlich weniger Mittel zur Verfügung als 1999. Die konsumtiven Ausgaben, insbesondere die Sozialausgaben steigen weiter an. Die Ausgaben zur Alterssicherung steigen nach den Festlegungen der letzten Wochen bis 2003 gegenüber 1998 sogar um mehr als die Hälfte auf 153,3 Mrd DM. Damit erhöht sich gleichzeitig der Anteil des Bundes an den Ausgaben der Rentenversicherung, die ihrerseits immer abhängiger von der Kassenlage des Bundes wird. Das ist ein falscher und gefährlicher Weg, denn wenn in künftigen Zeiten schlechterer Konjunktur die Arbeitsmarktangeboten des Bundes wieder dramatisch ansteigen, wird der Druck zunehmen, den Bundeshaushalt erneut durch dirigistische Eingriffe in die Renten zu entlasten.

3. Eichels Haushalts- und Finanzpolitik schadet der Zukunftsfähigkeit Deutschlands

Die Investitionsschwäche der Haushalte der rot-grünen Bundesregierung ist für sich genommen schon schlimm. Mindestens ebenso schlimm ist es, dass wegen der Lastenverschiebungen in zweistelliger Milliardenhöhe auf Länder und Gemeinden auch deren Investitionskraft beeinträchtigt und so langfristig die öffentliche

Infrastruktur Deutschlands geschädigt wird. Gleichzeitig beeinträchtigt die halberzige und widersprüchliche Steuerpolitik der rot-grünen Bundesregierung sowohl die Investitionsfähigkeit als auch die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Wenn die Steuerlast bei einem erfolgreichen Mittelständler dazu führt, dass von 3 Mark Gewinn etwa 2 Mark an die öffentlichen Hände abgeführt werden müssen, darf sich niemand wundern, wenn die einzigen Investitionen, die in Deutschland noch in größerem Umfang getätigt werden, Rationalisierungsinvestitionen sind. Erweiterungsinvestitionen, oder sogar Investitionen in völlig neue Geschäftsfelder, sind den meisten Unternehmern – verständlicherweise – unter solchen Voraussetzungen zu risikoreich.

4. Der Gegenkurs der Union lautet: „Sparen und Investieren für die Zukunft und gleichzeitig die Steuern zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung ab 1.1.2000 deutlich senken.“

Dieser Generallinie folgend haben wir bei den Haushaltsberatungen im Ausschuss Ausgabenkürzungen von etwa 3,5 Mrd DM (Netto, d.h. Mehrausgaben von rd. 6,5 Mrd DM und Minderausgaben von rd. 10 Mrd DM) vorgeschlagen, wobei wir gleichzeitig die investiven Ausgaben um 1,8 Mrd DM erhöhen wollten. Bei einer gleichzeitigen Verbesserung der Einnahmeseite des Bundeshaushaltes um knapp 7 Mrd DM ergäbe sich eine Nettokreditaufnahme von unter 40 Mrd DM. Diese Linie wollen wir durch Anträge in der 2. Lesung des Bundeshaushaltes ab dem 23.11.1999 unterstreichen.

Im Einzelnen:

Mehrausgaben sind nach unserer Auffassung insbesondere bei Wohngeld (+2,2

Mrd DM) erforderlich; der von der Koalition im Haushaltssanierungsgesetz beschlossene „Verschiebehahnhof“ zulasten von Ländern und Kommunen wird sich im Bundesrat nicht durchdrücken lassen. Zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der Bundeswehr und im Hinblick auf ihre zunehmenden internationalen Aufgaben wollen wir den Verteidigungshaushalt um rund 1,75 Mrd DM aufstocken, so dass ein Ausgabeplafonds von 47 Mrd DM mittelfristig gesichert bleibt. Besonders die Investitionen beim Bundesfernstraßenbau sollen mit + 520 Mio DM, bei der Stadtsanierung mit + 300 Mio DM, beim Hochschulbau mit + 150 Mio DM, bei der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur- und Küstenschutz mit + 100 Mio DM und beim Schienenwegeausbau (u. a. Projekt Deutsche Einheit Nr. 6) mit + 50 Mio DM gestärkt werden. Die durch einen äußerst unfairen internationalen Wettbewerb bedrohte Existenz der deutschen Werften wollen wir durch die Bereitstellung von 310 Mio DM Verpflichtungsermächtigungen sowie eine Erhöhung des Baransatzes für die Wettbewerbshilfen um 10 Mio DM unterstützen. Hier hat sich ein teilweises Einlenken der Koalition abgezeichnet.

Für BAföG-Zuschüsse wollen wir 100 Mio DM zusätzlich bereitstellen. Die Landwirte müssen durch die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Agenda 2000, die Ökosteuer und durch die Sparmaßnahmen der Bundesregierung Einkommensverluste von bis zu einem Viertel befürchten; mit Verbesserungen beim Zuschuss zur landwirtschaftlichen Alterssicherung sowie zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung von zusammen rd. 1 Mrd DM Mehrausgaben wollen den bisherigen Rechtszustand wieder herstellen und darüber hinaus einen Teil der Einkommensverluste abfedern.

Die Mehrausgaben summieren sich insgesamt auf rd. 6,5 Mrd DM; die darin enthaltene Verbesserung der investiven Ausga-

ben um 1,8 Mrd DM führt zu einer Verbesserung der Investitionsquote auf 12,5 vH.

Zur Finanzierung dieser Mehrausgaben soll u.a. der Zuschuss zur Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von ursprünglich 9,85 Mrd DM, der in den Beratungen schon um 2,1 Mrd DM abgesenkt wurde, vollständig entfallen; diese Einsparung wird möglich einerseits durch den zu erwartenden demografisch bedingten Rückgang der Arbeitslosenzahlen und zum anderen durch die notwendige Begrenzung des von Rot-Grün aufgeblasenen 2. Arbeitsmarktes, dessen „Brückenfunktion“ zum 1. Arbeitsmarkt selbst vom Forschungsinstitut der Bundesanstalt für Arbeit nur für einen Bruchteil der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen bejaht wird.

Schließlich wird der BA-Zuschuss auch schon 1999 deutlich niedriger als veranschlagt ausfallen. Unter Einschluss einiger weiterer, kleinerer Veränderungen sinken damit die Gesamtausgaben des Bundes auf rd. 475 Mrd DM.

Auf der Einnahmeseite ergeben sich Minderungen von gut 0,4 Mrd DM. Deshalb fordern wir die Intensivierung der Privatisierungen; u.a. der Verkauf der DEG und von Multimedia-Lizenzen ist mit etwa 6 Mrd DM anzusetzen. Eine verstärkte Veräußerung von Beständen der Bundesrohölreserve (+630 Mio DM), die noch vor einem halben Jahr abgelehnt wurde, sowie einige weitere, kleinere Veränderungen führen insgesamt zu Einnahmeverbesserungen von rd. 6,7 Mrd DM.

Im Saldo ermöglicht dies eine Absenkung der Nettokreditaufnahme von 49,5 Mrd DM auf etwa 39,5 Mrd DM – also eine schärfere Konsolidierung, als von der Koalition vorgesehen.

5. Steuern senken für mehr Wachstum

Vor diesem Hintergrund ist die Forderung der Union, bereits zum 1.1.2000 eine deut-

liche Nettoentlastung für alle Steuerzahler – über die gesamte Breite des Steuertarifes – mit einem Gesamtvolumen von 10 Mrd DM herbeizuführen, einerseits wachstums- und arbeitsmarktpolitisch vernünftig und andererseits haushaltspolitisch vertretbar.

Die z. Zt. vergleichsweise gute Konjunktur ermöglicht es nicht nur dem Bund, sondern auch Ländern und Gemeinden, die in Folge dieser Nettoentlastung auftretenden, vorübergehenden Steuerausfälle zu kompensieren. Weitere Entlastungsschritte müssen in den kommenden Jahren folgen. Entsprechende Beispiele, insbesondere in angelsächsischen Ländern belegen, dass mutige Steuerreformen, verbunden mit kurzfristigen Steuerausfällen, letztlich schneller zum Haushaltsausgleich führen, als stupides Sparen an allen und damit auch an den falschen Stellen.

Kurz vor Abschluss der Beratungen ergibt für Rot-Grün eine traurige Bilanz – gegenüber dem Regierungsentwurf haben sie keine wesentlichen Verbesserungen durchsetzen können.

Personalie

Hans Reckers ist Nachfolger von Bundesbankpräsident Hans Welteke an der Spitze der hessischen Landeszentralbank (LZB). Wie die Bundesbank in Frankfurt am Main mitteilte, erhielt der 1953 im westfälischen Rheine geborene Reckers aus der Hand Weltekes seine Ernennungsurkunde. Der studierte Jurist hatte zunächst als Rechtsanwalt gearbeitet und war 1985 ins Bundesfinanzministerium gewechselt. Danach hatte ihn seine Laufbahn ins Bundeskanzleramt, als Staatssekretär ins sächsische Finanzministerium und in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion geführt.

STAND DER EINHEIT

Geschäftsmäßig

Debatten zur Lage der Nation waren einst Sternstunden des Parlamentarismus – zumindest in Jahren, in denen die Nation durch innen- oder außenpolitische Entwicklungen bewegt, erregt oder gespalten wurde. Der Kanzler bot eine Vorstellung, die an Geschäftsmäßigkeit, Kühle und erkennbarer innerer Distanz kaum zu überbieten war: Statt einfühlender Anteilnahme Effekthascherei bei der ostdeutschen Seele.

Stuttgarter Zeitung

Kreide zentnerweise

So angeschleimt an die Nummer Eins der SPD hat sich die parlamentarische Nummer Eins der PDS wohl noch nie. Die PDS hat verstanden. Sie will die Wähler der SPD vor allem, aber nicht nur im Osten. Möglichst viel und möglichst dauerhaft. Dafür spachtelt Gysi Kreide. Notfalls zentnerweise. Hier zu kontern, das wäre nicht bloß Chefsache, sondern es ist eine Überlebensfrage: der Regierung wie der SPD.

Tagesspiegel

LÄNDERFINANZEN

Bestätigt

Der Länderfinanzausgleich ist seit langem reformbedürftig. Er gilt zwar als ein Kernstück der deutschen

Finanzverfassung, hat sich aber wegen seiner absurden Umverteilungslogik immer mehr zum Sprengsatz des föderalen Systems entwickelt. Das haben auch die Verfassungsrichter erkannt und verlangen eine Neuordnung des Finanzausgleichs. Beendet ist der seit Jahren schwelende Streit zwischen Geber- und Nehmerländern damit aber keinesfalls. Nicht von ungefähr wird das Urteil allseits positiv aufgenommen. Die klageführenden Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen fühlen sich ebenso bestätigt wie diejenigen Länder, denen der Wegfall erheblicher Finanzmittel droht.

Die Welt

Zurückhaltung

Bemerkenswert ist die Zurückhaltung der Verfassungsrichter. Anders als bei den spektakulären Urteilen über die Verfassungswidrigkeit der Vermögensteuer und die Besteuerung der Familien haben sie diesmal dem Gesetzgeber die Arbeit nicht abgenommen. Eine „abschließende Würdigung“ des Finanzausgleichsgesetzes komme „derzeit“ nicht in Betracht, erklärten sie. Im Kern hat das Verfassungsgericht Bundestag und Bundesrat damit beauftragt, verfassungskonforme Maßstäbe für die föderale Finanzverfassung der Bun-

desrepublik aufzustellen und die in einem so genannten „Maßstabegesetz“ zusammenzufassen. Erst wenn dieses Gesetz nicht zustande kommt, wird der Finanzausgleich verfassungswidrig – eine für wahrweise Zurückhaltung.

Süddeutsche Zeitung

Großzügig befristet

Soweit es um die Hauptempfänger, also um die ostdeutschen Bundesländer geht, hat der Zweite Senat die Notwendigkeit von zusätzlichen Bundeszuweisungen auch über das Jahr 2004 hinaus anerkannt. Das ist nicht nur geboten, sondern für eine bestimmte – allerdings großzügig befristete – Zeit selbstverständlich. Aber gefördert werden dann vor allem konkrete Projekte.

Berliner Zeitung

SPD

Dramatischer Appell

So dramatisch wie Rudolf Scharping hat bisher noch kein SPD-Politiker Warnungen vor weiterem internen Streit formuliert. Wenn der stellvertretende Parteichef jetzt schon die Zukunftsfähigkeit der SPD gefährdet sieht und Vergleiche zu 1995 zieht, dann wirkt das wie der Versuch einer Schocktherapie besonderer Art.

Neue Osnabrücker Zeitung

Union legt eigenes BAföG-Konzept vor

Mehr Studenten sollen BAföG erhalten

Zur Einbringung ihres Antrags „Eckwerte für eine BAföG-Reform“ im Bundestag erklärten der Sprecher für Bildung und Forschung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerhard Friedrich, die Berichterstatterin für BAföG, Angelika Volquartz, und der Obmann für Bildung und Forschung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Rachel:

1998 haben die Ausgaben von Bund und Ländern für die Studienförderung einen Tiefstand erreicht. Mit ca. 1,6 Milliarden Mark wurden nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz durchschnittlich nur noch 225.000 von insgesamt 1,8 Millionen Studierenden gefördert. Der Anteil der Leistungsempfänger an den Studierenden, die dem Grunde nach BAföG-berechtigt sind, ist auf etwa 21 Prozent gesunken. 1991 lag die Gefördertenquote immerhin noch bei 33,7 Prozent. Schon in der letzten Legislaturperiode haben sich alle Fraktionen des Bundestages und die Länder für eine grundlegende BAföG-Strukturreform ausgesprochen. Die Mehrheiten von Bundestag und Bundesrat konnte sich aber nicht auf ein Modell einigen.

Ein Jahr nach dem Regierungswechsel warten wir immer noch auf die von der rot-grünen Koalition angekündigten Eckpunkte für eine BAföG-Reform. Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2000 macht deutlich: Die Studentinnen und Studenten müssen mindestens noch ein weiteres Jahr auf Leistungsverbesserungen warten. Der Bundesfinanzminister hat sogar erklärt, die Bundesregierung werde über eine Reform der Ausbildungsförderung erst im Jahr 2001 im Zusammenhang mit dem Familienleistungsausgleich ab 2002 entscheiden.

Deshalb fordert die CDU/CSU-Fraktion die Bundesregierung jetzt in einem Antrag auf, eine Novelle zum Bundesausbildungsförde-

rungsgesetz so vorzulegen, dass das Gesetz mit deutlichen Leistungsverbesserungen schon Mitte 2000 (Schul- bzw. Semesterbeginn) in Kraft treten kann. Bei den Studierenden will die Union die Gefördertenquote wieder auf über 25 Prozent anheben.

Konkret schlägt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die BAföG-Reform folgende Eckpunkte vor:

1. Im Rahmen der Bedürftigkeitsprüfung werden Kindergeld und gleichartige Vergünstigungen (z. B. Kinderzulagen aus der gesetzlichen Unfallversicherung oder Kinderzuschüsse aus der gesetzlichen Rentenversicherung) nicht mehr als Einkommen angerechnet. Dies entspricht einer Freibetragerhöhung um 15 Prozent. Die Zahl der Geförderten würde um ca. 59.000, die monatliche Förderungsleistung durchschnittlich um 150 Mark steigen. Die Mehrausgaben für diese Leistungsverbesserungen betragen 450 bis 500 Millionen Mark.

2. Hemmschwellen für Kinder aus einkommensschwachen Familien sollen bei der Aufnahme eines Studiums abgebaut werden. Nur noch bis zu einem monatlichen Betrag von 800 Mark wird die Ausbildungsförderung zur Hälfte als Darlehen ausbezahlt. Eine darüber hinausgehende Leistung erfolgt voll als Zuschuss.

Wird ein Studium von 10 Semestern mit Höchstbeträgen gefördert, sinkt die maximale Darlehensbelastung von derzeit über 30 000 Mark auf ca. 24 000 Mark. Eine Hochrechnung auf der Grundlage der Statistik für das Jahr 1998 ergibt, dass nach

diesem Vorschlag jährlich Darlehen in Höhe von über 82 Millionen Mark durch Zuschüsse ersetzt werden müssen.

3. Die rechtlichen Regelungen der Ausbildungsförderung sind im Interesse der Auszubildenden und eines einfacheren Vollzugs des BAföG zu straffen. Dadurch wird die Akzeptanz des Gesetzes bei Schülern, Studierenden und Eltern erhöht. So sollten z.B. die Vorschriften bei der Ermittlung des anzurechnenden Einkommens stärker den Regeln des Einkommensteuerrechts angepasst werden.

4. Auszubildende, die im Zusammenhang mit der Kindererziehung eine Abschlussprüfung erstmals nicht bestehen, erhalten für eine angemessene Zeit weiterhin Ausbildungsförderung in Form eines Zuschusses.

5. Zügiges Studieren und überdurchschnittliche Studienabschlüsse werden weiter durch den teilweisen Erlass des Darlehens belohnt. Die Erlassbeträge sind zu erhöhen.

Nach eingehender Prüfung lehnt es die CDU/CSU-Fraktion ab, die bisherigen Leistungen des Familienleistungsausgleiches (Kindergeld bzw. Kinderfreibetrag und Ausbildungsfreibetrag) – wie von der SPD vorgeschlagen – zusammenzufassen und als „Ausbildungsgeld“ direkt an jeden Studierenden auszuzahlen.

● Um der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Familienleistungsausgleich zu entsprechen, müsste der Sockelbetrag deutlich über dem Kindergeld liegen. Die höheren Ausgaben für das Bildungsgeld ließen sich nur begrenzen, wenn auch diese Leistung von BAföG-Kriterien (z. B. Bestehen der Zwischenprüfung) abhängig gemacht wird. Dies würde voraussetzen, dass gleichzeitig der Unterhaltsanspruch gegen die Eltern

entfällt. Die bisherige Diskussion in der Justizministerkonferenz hat aber deutlich gemacht, dass die Anpassung des zivilen Unterhaltsrechts an das BAföG nicht durchsetzbar ist.

● Es gibt keine sachliche Begründung dafür, Studierende und andere (erwachsene) Auszubildende ungleich zu behandeln.

● Das Ausbildungsgeld (und eine ergänzende einkommensabhängige Aufbauförderung) würde in vielen Fällen ohnehin nicht ausreichen, um studierende Kinder von Unterhaltsleistungen ihrer Eltern wirtschaftlich unabhängig zu machen. Unterhaltsleistende Eltern haben aber einen An-

Das Gesetz mit deutlichen Leistungsverbesserungen soll Mitte 2000 – Schul- bzw. Semesterbeginn – in Kraft treten.

spruch auf die Leistungen/Steuervergünstigungen des Familienleistungsausgleichs. Ihnen müsste deshalb ein „Rückrufrecht“ eingeräumt werden.

Der Vorschlag, das bisherige BAföG-System im Kern beizubehalten und fortzuentwickeln, entspricht dem Leitbild des Bundesverfassungsgerichts. Danach ist die Familie nicht nur eine Erziehungs-, sondern auch eine Wirtschaftsgemeinschaft.

Diese Eckpunkte zeigen auf, wie die Gefördertenquote mit finanzierbaren Mehrausgaben wieder auf über 25 Prozent angehoben werden kann. Wie schon bei der ersten Lesung des Bildungshaushaltes fordern wir Frau Ministerin Bulmahn auf, die durch die Verlagerung des BAföG-Darlehens auf die Deutsche Ausgleichsbank freiwerdenden Mittel in Höhe von rund 550 Millionen Mark wenigstens teilweise für Leistungsverbesserungen schon ab Mitte 2000 einzusetzen. ■

Erbschaftsteuer stranguliert Mittelstand

Zu den Plänen der Bundesregierung, die Erbschaftssteuer zu erhöhen, erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss:

Längst beschlossen ist, dass die bereits am höchsten besteuerten Einkommen noch zusätzlich mit Vermögenssteuer belastet werden sollen. Nach verschiedenen Vorschlägen zu einer solchen Neidsteuer ist jetzt auch die Erhöhung der Erbschaftssteuer geplant. Durch eine Veränderung des Bewertungsverfahrens sollen Grundstücke im Erbschaftsfall nicht mehr wie bisher mit durchschnittlich 56 % des Verkehrswertes berücksichtigt werden, sondern mit 80%. Nach der Verdoppelung der Besteuerung bei der Veräußerung von Unternehmen trifft diese neue Steuer den Mittelstand an seiner Existenzgrundlage. Die Weiterführung

eines Betriebes nach dem Erbfall wird in Zukunft immer schwerer möglich sein, da die damit verbundenen Kosten nicht mehr aufzubringen sind. Betriebsaufgabe und Arbeitslosigkeit der Beschäftigten sind die unvermeidliche Konsequenz. Eine Beschränkung der Erbschaftssteuer „nur“ auf private Vermögen ist nicht machbar, da 85 % der deutschen Unternehmen Einzelunternehmen oder Personengesellschaften sind. Die Werkstatt des Schreinermeisters im Erdgeschoss und die Wohnung im 1.Stock kann man gar nicht trennen.

Diese Bundesregierung will nicht einsehen, dass man Leistung fördern muss, wenn man Arbeitsplätze schaffen will und nicht dem Mittelständler seine Existenzgrundlage entziehen darf, der als einziger diese Arbeitsplätze schaffen kann.

SPD lässt Arbeiter im Stich

Zur Verabschiedung des Ökosteuer-Gesetzes erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Rüttgers:

Die rot-grüne Ökosteuer ist unfair und ungerecht:

- sie vernichtet Arbeitsplätze in NRW
- sie nimmt der Braunkohle die Wettbewerbsfähigkeit durch eine ungerechte Subvention von Gas-Kraftwerken;
- sie gefährdet Investitionen und verhindert die Schaffung neuer Arbeitsplätze, da nur wettbewerbsfähige Unternehmen in die Erneuerung der Braunkohlekraftwerke investieren;

- sie schadet der Umwelt, weil sie die umweltgerechte Nachrüstung der Kohlekraftwerke gefährdet.

Clement hat den Beschluss in Berlin wieder einmal nicht verhindern können. Der SPD-Landesvorsitzende Münterfering ist ihm wieder einmal in die Rücken gefallen. Die NRW-Landesregierung war schwach, weil sie zwischen Rot und Grün zerstritten war.

Clement hat unter Schröder in Berlin weniger Einfluss als Rau unter Kohl. Unter Johannes Rau wäre das nicht passiert. Wir brauchen in NRW eine starke Landesregierung.

Koalition stellt ihre eigene Vereinbarung auf den Kopf

Zur abschließenden Lesung des Haushaltssanierungsgesetzes erklärte der Kultur- und Medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Norbert Lammert**:

Gegen das einhellige Votum aller Experten und der betroffenen Künstler wie der sogenannten Verwerter, also Verleger, Galleristen beispielsweise, hat die Koalition mit dem Haushaltssanierungsgesetz das Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG) geändert.

Rot-Grün stellt damit die eigene Koalitionsvereinbarung („Die neue Bundesregierung wird zur Absicherung der Künstlerinnen und Künstler die Künstlersozialversicherung verbessern.“) auf den Kopf und gefährdet mit ihrer Entscheidung ohne jegliche vorherige Anhörung der Betroffenen die sorgsam errichtete Architektur des von der sozialliberalen Koalition 1981 geschaffenen Gesetzes:

So sehen Verleger und Galleristen in der durch die Absenkung des Bundesanteils auf sie zukommenden finanziellen Mehrbelastung eine Art „Sondersteuer“ und er-

wägen Klage. Die jetzt zudem vorgenommene Vereinheitlichung der Abgabesätze der Bereiche Wort, bildende Kunst, Musik und darstellende Kunst ist darüber hinaus verfassungsrechtlich problematisch, denn das Bundesverfassungsgericht hatte 1987 die damalige Bundesregierung aufgefordert, die Künstlersozialabgabe nach Sparten zu trennen.

Niemand bestreitet ernsthaft – auch die Koalition nicht – Reformbedarf beim KSVG. Die Betroffenen selber haben im Kulturausschuss ihre ausdrückliche Bereitschaft dazu erklärt. Deshalb hat die Unionsfraktion in dem gemeinsam mit der FDP eingebrachten Änderungsantrag zum Haushaltssanierungsgesetz eine Änderung des KSVG abgelehnt und ein sorgfältiges Gesetzgebungsverfahren angemahnt. Angesichts der in diesen Tagen von der Koalition selbst öffentlich angekündigten Novellierung des KSVG im nächsten Jahr gerät die jetzige Änderung des KSVG, die dann in wenigen Monaten „nachgebessert“ werden soll, zur Komikerveranstaltung falsch verstandener Haushaltsdisziplin.

Tankstellen erzielen ein Drittel ihres Umsatzes mit Lebensmitteln

Die Tankstellen in Deutschland erwirtschaften inzwischen ein Drittel ihrer Umsätze mit dem Verkauf von Lebensmitteln. Dies berichtete das Bundesernährungsministerium in Berlin unter Berufung auf das Statistische Bundesamt. Demnach entfielen 1997 rund 3,3 Milliarden DM des Gesamtumsatzes von 10,2 Milliarden DM auf Nahrungs-

mittel, Getränke und Tabakwaren. Damit hat sich das Lebensmittel-Geschäft der Tankstellen seit 1991 vervielfacht. Damals machte dieses Segment mit 284 Millionen DM noch 2,4 Prozent aller Erlöse aus. Der Absatz von Benzin, Diesel, Schmierstoffen, Autos und Autozubehör brachte den Tankstellen 1997 noch gut sechs Milliarden DM.

Ein modernes Stiftungsrecht für das 21. Jahrhundert

Zur Verabschiedung eines Antrages der Unionsfraktion zum Stiftungs- und Stiftungssteuerrecht erklärte der Kultur- und Medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Lammert:

Deutschland braucht ein einfaches, übersichtliches, bürgerfreundliches und zugleich gemeinwohlorientiertes Stiftungsrecht, das privates Engagement ermutigt und zugleich das Gemeinwohl fördert. Ein neuer Weg ist erforderlich, der Veränderungen in Staat und Gesellschaft ermöglicht, die Vision der aktiven Bürgergesellschaft ernst nimmt und dem Stiftungswesen einen neuen Stellenwert gibt, der an die mehrere Jahrhunderte alte Tradition privaten Engagements für das Gemeinwohl anknüpft. Hierfür sind nach unserer Auffassung sowohl zivil- wie steuerrechtliche Änderungen erforderlich, zu denen wir die Bundesregierung auffordern. Der Antrag ist Ergebnis von Beratungen einer ad hoc-Arbeitsgruppe der Fraktion, die sich aus Abgeordneten der Bereiche Recht, Finanzen, Haushalt, Bildung und Forschung sowie Kultur und Medien und insbeson-

dere externen Fachleuten zusammensetzte. Mit dem Antrag schlagen wir detaillierte Regelungen vor zur umfassenden Reform des Stiftungsrechts im Rahmen eines Bundesstiftungsgesetzes, zur Förderung des Stiftungswesens durch Neuordnung der Stiftungsaufsicht und zur Änderung des Steuerrechts zu Gunsten von Stiftungen und gemeinwohlorientiertem bürgerschaftlichen Engagement. Dazu zählen u.a.

- Begrenzung des Begriffs „Stiftung“ auf gemeinwohlorientierte Vorhaben
- Einführung eines Stiftungsregisters
- Rechenschafts- und Publizitätspflichten
- Ermöglichung der Stiftungsaufsicht durch Selbstverwaltungskörperschaften
- verbesserte steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden
- Ausdehnung des Buchwertprivilegs
- Thesaurierung.

Der Antrag ist online verfügbar

(www.cducsu.bundestag.de).

Zum Gutachten des Sachverständigenrates zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Im Jahr 2000 soll die Beschäftigtenzahl trotz eines Wachstums von 2,7% nur um 120.000 steigen. Im Jahr 1998 stieg da-

Arbeitsmarkt koppelt

gegen bei geringerem Wachstum die Zahl der Beschäftigten sehr viel stärker. Im Vergleich 4. Quartal 1998 zum 4. Quartal 1997 gab es 315.000 Beschäftigte mehr, 1999 gegenüber 1998 dagegen 42.000 weniger. Diese Zahlen beweisen: Unter der Regierung Schröder koppelt sich der Arbeitsmarkt vom Wachstum

Einsicht in letzter Sekunde

Der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss für den Einzelplan 23 (BMZ) Michael von Schmude und der Berichterstatter für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und politischen Stiftungen Peter Weiß erklärten:

In buchstäblich letzter Sekunde konnte die harte Ablehnungsfront der Koalitionsfraktionen in der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses bei einigen Einzelpositionen doch noch aufgebrochen werden. Die von der Bundesregierung geplanten massiven Mittelstreichungen für die entwicklungspolitische Arbeit der Kirchen und der politischen Stiftungen werden zumindest teilweise rückgängig gemacht.

Die Etatpositionen werden gegenüber dem Regierungsentwurf um 14 bzw. 15 Millionen Mark angehoben, bleiben damit jedoch leider weiterhin unter den Vorjahressätzen. Unverständlich ist, warum die rot-grünen Koalitionäre sich so lange gegen entsprechende Erhöhungsanträge der CDU/CSU-Fraktion gewehrt haben und erst in der allerletzten Ausschussberatung einlenkten. Wer Armutsorientierung, Förderung der zivilgesellschaftlichen Kräfte, Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit

sich vom Wachstum ab

ab. Jetzt rächt es sich, dass Rot-Grün die Einstellungsschwellen höher gelegt hat. Es war falsch, die Neureglungen bei der Lohnfortzahlung und beim Kündigungsschutz gleich nach Regierungsantritt wieder zu kassieren. Es war falsch, mit der Neuregelung der 630-DM-Jobs und dem Gesetz zur Scheinselbstständigkeit bü-

als Ziele deutscher Entwicklungspolitik ernst nimmt, der kann nicht ausgerechnet die finanziellen Mittel für die kirchlichen Hilfswerke und die politischen Stiftungen zusammenstreichen. Es ist ein Erfolg des beharrlichen Bohrens der CDU/CSU-Fraktion und des mehrfach vorgetragenen Protestes der Kirchen und der Nichtregierungsorganisationen, dass im Entwicklungshilfeeat jetzt zumindest eine kleinere Korrektur möglich wurde.

Die vom Haushaltsausschuss empfohlenen Erhöhungen sollen durch entsprechende Kürzungen beim Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zu den Europäischen Entwicklungsfonds ausgeglichen werden. Bei diesen wären sogar weitere Einsparungen zugunsten anderer wichtiger und nach wie vor gekürzter entwicklungspolitischer Etatposten möglich gewesen. Der Koalition fehlte jedoch der Mut dazu.

Weiterhin bleibt es leider dabei, dass der Entwicklungshilfeeat von Rot-Grün überdurchschnittlich gekürzt und in den nächsten Jahren noch weiter abgesenkt wird. Ein weiteres Beispiel dafür, wie die Regierung ihre Versprechen aus der Koalitionsvereinbarung bricht. Diese falsche Politik kann nur durch einen grundlegenden Politikwechsel geändert werden.

rokratische Hürden gegen mehr Beschäftigung aufzustellen. Und es war falsch, mit dem sogenannten Steuerentlastungsgesetz die Wirtschaft zusätzlich zu belasten. Noch ist Zeit für eine Umkehr. Wir brauchen mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt. Wir brauchen mehr Freiheit in der Tarifgestaltung. Und wir brauchen eine durchgreifende Steuerreform.

Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit verbessern

Zu angeblich existierenden Forderungen, das 2-Milliarden-DM-Sofortprogramm der Bundesregierung gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu streichen, erklärte der Berichterstatter für berufliche Bildung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Jork:

Die SPD-Fraktion hat eine „Aktuelle Stunde“ zur Haltung der Bundesregierung zu angeblich existierenden Forderungen nach einer Streichung des Sofortprogramms gegen die Jugendarbeitslosigkeit beantragt. Offensichtlich wachsen in der Regierungskoalition nach Rückmeldungen aus der Praxis berechtigte Zweifel am eigenen Programm.

Natürlich wird, gerade in den neuen Ländern, wo die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt nach wie vor dramatisch ist, ein sinnvolles und zielgerichtetes Förderprogramm für Jugendliche gebraucht. Das Sofortprogramm der Bundesregierung soll nicht gestrichen, aber verbessert werden; grundlegende Mängel müssen schnellstens beseitigt werden. Die angebotenen Maßnahmen müssen dringend auf ihre Effektivität hin überprüft, die enormen finanziellen Mittel sinnvoll eingesetzt werden.

Am Bedarf vorbei

Es kann nicht sein, dass Jugendliche eine reguläre Ausbildung abbrechen, weil sie für eine kurzfristige Maßnahme im Rahmen des Programms mehr Geld bekommen. Ebenso wenig ist nachvollziehbar, warum benachteiligte Jugendliche von dem Programm bisher kaum profitiert haben und von den geförderten Jugendlichen mehr als ein Drittel mittlere Reife oder Abitur haben. Äußerst bedenklich ist, dass in

den geförderten Maßnahmen oft am Bedarf der Wirtschaft vorbei ausgebildet wird und vor allem betriebsferne Lehrgänge gestützt werden. Ein eklatanter Widerspruch besteht darin, dass das Wirtschaftsministerium im Rahmen des sogenannten Sparpakets 2 Millionen DM für die Lehrstellenwerbung in den neuen Ländern einsparen will, während für das Sofortprogramm 2 Milliarden Mark ausgegeben werden. Da-

Dass Jugendliche eine reguläre Ausbildung abbrechen, weil sie für eine kurzfristige Maßnahme im Rahmen des Programms mehr Geld bekommen, darf nicht sein.

bei haben sich die überaus engagierten Lehrstellen Bewerber und Ausbildungsberater in den neuen Ländern bewährt.

Nur ungenügend berücksichtigt wurde bisher die Praxisrelevanz der angebotenen Lehrgänge und ob diese in dauerhafter Beschäftigung oder in berufsqualifizierende Ausbildung führen. Mit dem Parken in teuren Warteschleifen ist weder den Jugendlichen noch dem Bundeshaushalt, dessen Konsolidierung doch erklärtes Ziel der Bundesregierung ist, gedient. Die strukturellen Probleme des Ausbildungsstellenmarktes werden durch die Neuauf-
lage des Programms allerdings weder im Osten noch im Westen gelöst. Hier ist eine innovative und erfolgreiche Bildungs-, Wirtschafts- und Steuerpolitik, von der bei Rot-Grün bisher wenig zu sehen war, gefragt.

Staatsangehörigkeit durch die Hintertür

Nach Beratungen der Arbeitsgruppe Inneres der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über den Entwurf des Bundesinnenministeriums für ein „allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Staatsangehörigkeitsrecht“ erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Erwin Marschewski und der Berichterstatter zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, Mainrad Belle:

Bundesinnenminister Schily hat sich mit der Unionsunterschriftenaktion erreichten Einschränkung des Staatsangehörigkeitsrechts offensichtlich nicht abgefunden.

Vorschriften mißbraucht

Jetzt sollen Verwaltungsvorschriften missbraucht werden, um gesetzwidrig die deutsche Staatsangehörigkeit zu vergeben:

- Die Ermessenseinbürgerung soll bereits nach sechs Jahren erfolgen; die Anspruchseinbürgerung erfordert mindestens acht Jahre Aufenthalt in Deutschland.

- Die Möglichkeit für die Hinnahme der Mehrstaatlichkeit werden über den Gesetzestext hinaus ausgedehnt. Mehrstaatlichkeit wird nicht nur geduldet, sondern z.B. durch eine weite Interpretation des Begriffs „wirtschaftliche Nachteile“ geradezu gefördert. Ein anerkannter Asylbewerber soll danach auch dann ohne Verzicht

auf seine Staatsangehörigkeit Deutscher werden können, wenn der Asylgrund längst weggefallen ist.

- Das Bekenntnis zur Verfassung wird zu einer Formalität herabgewürdigt. Es erfolgt keine Regelanfrage beim Verfassungsschutz. Eine Prüfung dahingehend, ob sich der Einbürgerungsbewerber verfassungsfeindlich betätigt hat, wird nicht verlangt. Eine bloße Unterschrift unter eine Formblätterklärung soll ausreichend sein.

- Die Integrationsforderungen werden beträchtlich eingeschränkt. So ist zum Nachweis deutscher Sprachkenntnisse weder ein Zeugnis noch eine Prüfung vonnöten. Ausreichend soll sein, dass sich der Einbürgerungsbewerber „verständlich machen kann“.

Wir sagen nein dazu

Mit diesen Zielsetzungen missbraucht Innenminister Schily geradezu die Grundanforderungen an eine gesetzeskonforme Verwaltungsvorschrift: Verwaltungsvorschriften sollen unbestimmte Rechtsbegriffe erläutern, sollen Ermessensentscheidungen ausfüllen und eine bundesweit gleichmässige Ausführung des Staatsangehörigkeitsrechts sicherstellen.

Davon findet sich hier jedoch nichts. Daher unser klares Nein!

Unsere
Elektronischen
Adressen:

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

*CDU#

● X 400

c= de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

Roland Koch:

Anträge von Asylbewerbern an Europas Außengrenzen bearbeiten

Bild: Herr Ministerpräsident, Bundesinnenminister Schily hat das Asylrecht in Frage gestellt. Kann er dabei auf die Union setzen?

Roland Koch: Wir stehen sofort für Gespräche zur Änderung des Asylrechts bereit. Wenn Herr Schily nicht bei Sprüchen bleibt, sondern sich in der Koalition durchsetzt und seine Vorschläge als Gesetzentwurf vorlegt, kann er mit den Stimmen der Union rechnen.

Bild: Was muss beim Asyl geändert werden?

Roland Koch: Wir brauchen ein einheitliches Asylrecht in Europa. Deshalb müssen wir unsere großzügigen Asylgesetze auf den europäischen Standard reduzieren. Sonst werden wir zu einem Magneten für Asylsuchende aus aller Welt. Ziel muss es sein, die Anträge von Asylbewerbern vor der Einreise an den europäischen Außengrenzen zu bearbeiten. Über die Asylan-

träge muss dort innerhalb weniger Tage entschieden werden. Nur für diejenigen, die anerkannt werden, soll sich die Tür nach Europa öffnen.

Bild: Und was ist, wenn die Asylbewerber klagen?

Roland Koch: Die Klagemöglichkeiten von Asylbewerbern müssen drastisch eingeschränkt werden. Nur in Deutschland gibt es bisher die Möglichkeit, Asylscheidung durch alle Instanzen der Gerichtsbarkeit überprüfen zu lassen. Dadurch werden Verfahren in unzähligen Fällen über Jahre in die Länge gezogen.

Bild: Und wie steht es mit den Sozialleistungen für Asylbewerber?

Roland Koch: Das Asylbewerberleistungsgesetz muss überarbeitet werden: Wir wollen, dass Asylbewerber während der gesamten Dauer des Verfahrens nur eingeschränkte Sozialleistungen erhalten.

Ausländische Straftäter müssen Strafe vermehrt im Heimatland verbüßen

Der hessische Justizminister Christian Wagner will in Zukunft vermehrt ausländische Straftäter, die nach der Verbüßung ihrer Strafe Deutschland verlassen müssten, bereits zur Vollstreckung der Strafe in ihren Heimatstaat überstellen.

Nach der bisherigen Rechtslage sei dies nur mit Zustimmung des Verurteilten möglich, die meist aber nicht erteilt werde, stellte Wagner mit Bedauern

fest. Der hessische Justizminister hofft daher auf ein neues internationales Abkommen, das bereits im Jahr 1997 von Deutschland gezeichnet wurde, aber bis heute noch nicht „ratifiziert“, also in deutsches Recht umgesetzt wurde.

Angesichts der hohen Zahl ausländischer Gefangener in deutschen Justizvollzugsanstalten sei eine Erleichterung der internationalen Vollstreckungshilfe in Strafsachen dringend erforderlich.

EU-Finanzwesen gehört komplett auf den Prüfstand

Zur Vorlage des Berichts des Europäischen Rechnungshofs zu den EU-Finanz-1998 erklärte der Europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Hintze:

Der jüngste Bericht des Europäischen Rechnungshofs offenbart die ganze Misere des Finanzwesens der Europäischen Union. Unübersichtliche Finanzierungsinstrumente, unklare Verantwortlichkeiten und fehlende Transparenz der Mittelverwendung begünstigen Verschwendung und Missbrauch. Die insgesamt gute Förderpolitik der EU gerät durch die massenhaft aufgedeckten Missstände zu Unrecht in Misskredit und provoziert Europaskepsis beim Bürger. Das gefährdet die Durchsetzungsfähigkeit der Erweiterung und weiteren Vertiefung der EU.

Die EU-Kommission muss rasch weitere Vorschläge zur Verbesserung des Finanzwesens der Europäischen Union unterbreiten, ihre Strukturen straffen, Verantwortung klar zuordnen und sich kraftvoll gegenüber den oftmals störrischen nationalen Verwaltungen in den Mitgliedsländern der EU durchsetzen.

Bei einer Reform des EU-Finanzwesens sollten bewährte Instrumente der Trans-

parenz und Kontrolle verstärkt zum Einsatz kommen:

Ein angemessen hoher nationaler Eigenanteil an der EU-Förderung vor Ort würde die öffentlichen Verwaltungen der Mitgliedsstaaten stärker dazu bringen, mit den Mitteln sparsam umzugehen. Je mehr eigenes Geld im Spiel ist, desto sorgfältiger wird mit Fördermitteln umgegangen.

Die verstärkte Vergabe von Fördermitteln als Darlehen würde bei den Geförderten Sparsamkeit erzwingen, ohne die Förderziele in Frage zu stellen. Spätere Darlehensrückflüsse aus erfolgreichen Förderprogrammen könnten dann wiederum für eine noch bessere EU-Förderung eingesetzt werden. Mit der Straffung der EU-Förderprogramme wird das Finanzwesen der EU übersichtlicher. Diese Straffung muss auch konsequent zur Entbürokratisierung genutzt werden, um mehr Transparenz zu erreichen.

Das EU-Finanzwesen gehört komplett auf den Prüfstand. So, wie es heute läuft, ist nach einer EU-Erweiterung angesichts der in EU-Angelegenheiten unerfahrenen Verwaltungen in den Beitrittsländern die Betrugs- und Korruptions-Katastrophe vorprogrammiert.

Umfrage: Hohe Arbeitslosigkeit gefährdet Demokratie

Jeder zweite Deutsche sieht die Demokratie durch die hohe Arbeitslosigkeit stark gefährdet und schließt auch politische Unruhen nicht aus. Das ergab eine Meinungsumfrage des Bundesverbandes deutscher Banken in Zusammenarbeit mit dem Mannheimer Institut für praxisorientierte Sozialforschung (Ipos). Diese Einschätzung sei um so alarmierender, als zwei Drittel der Befragten eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit in den nächsten zehn Jahren erwarten, sagte der Hauptgeschäftsführer des Bankenverbandes, Manfred Weber, bei der Vorstellung der Umfrageergebnisse.

Rot-grüne Klimapolitik ohne Perspektiven

Zum Verlauf der 5. Vertragstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Bonn erklärte der Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses Umwelt- und Energiepolitik, Kurt-Dieter Grill:

Die zu Ende gegangene Klimakonferenz in Bonn hat ebenso wie die Regierungserklärung von Bundesumweltminister Trittin deutlich gemacht, dass die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung völlig ohne Perspektiven ist. Die internationale Vorreiterrolle, die Deutschland unter Töpfer und Merkel im Klimaschutz erworben hat, ist von Trittin nicht weiterentwickelt worden. Zur Zeit gibt es keine neuen Initiativen über die von der Vorgängerregierung eingeleiteten Reduktionsmaßnahmen hinaus und es ist völlig unklar, wann endlich eine nationale Klimaschutzstrategie auf den Weg gebracht wird.

Obwohl wir mit einem fortschreitenden Anstieg der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre konfrontiert werden, kommt der Klimaschutz seit Kyoto nicht voran. Auch die Klimakonferenz in Bonn hat leider keine substantiellen Fortschritte erbracht. Trittin weist zwar darauf hin, alle Fragen, die geklärt werden sollten, seien geklärt worden und eine Lösung bei den wirklichen politischen Fragen sei gar nicht zu erwarten gewesen. Dies ist aber nicht mehr als ein kläglicher Versuch, die Ergebnisse der Klimakonferenz schön zu reden.

Trittin verbuchte als Erfolg, dass viele Staaten sich für eine Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls bis 2002 ausgesprochen hatten. Wie dies geschehen soll, steht aber weiter in den Sternen. Denn auch in Bonn ist nicht geklärt worden, wie die im Kyoto-Protokoll festgelegten Vorgaben für die

weltweite Rückführung der Treibhausgase erreicht werden sollen. Auch die Ausgestaltung der sogenannten „flexiblen Mechanismen“ soll erst bei der kommenden Konferenz Ende nächsten Jahres in Den Haag getroffen werden.

Wenn Trittin an die Verhandlungspartner appelliert, sich um konkrete Fortschritte beim Klimaschutz zu bemühen, wenn er fordert, dass die Industrieländer schon heute alle Anstrengungen unternehmen müssten, um ihren Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern, dann sollte er auch damit anfangen, vor seiner eigenen Haustür zu kehren. Einzig und allein der erfolgreichen Klimaschutzpolitik der Vorgängerregierung ist es zu verdanken, dass sich Schröder und Trittin mit einer Reduktion der CO₂-Emissionen in Deutschland – als einem der wenigen Industrieländer – um 13,2 Prozent schmücken konnten.

Maßnahmen blieben aus

Trittin unterstreicht zwar die Wichtigkeit der Einhaltung des CO₂-Minderungszieles, die angekündigten Maßnahmen zum Klimaschutz bleiben aber aus. Gleichzeitig verfolgt er mit dem Ausstieg aus der Kernenergie eine Politik, die die CO₂-Problematik massiv verschärfen würde. Wenn das Erreichen des Klimaschutzzieles und die Ziele der Kyoto-Vereinbarung ernsthaft vorangebracht werden sollen, muss Trittin endlich ein schlüssiges Konzept vorlegen. Er muss überzeugend darlegen, welche weiteren Maßnahmen zur Verminderung von Treibhausgasen durch Energiewandlung und Senkung des Energieverbrauchs im Verkehr, im Gebäudebestand und bei der Energieerzeugung geplant sind.

Wolfgang Schäuble:

Vertreibung darf kein Mittel der Politik sein

In seiner Rede vor der Bundesdelegiertenversammlung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU würdigte der Vorsitzende der OMV Wolfgang Schäuble, die OMV als „eine der Kräfte, die mit ihrem entschiedenen Eintreten für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte zum Fall der Mauer beigetragen haben“.

Im Gegensatz zu weiten Teilen der Grünen und der SPD bis hin zum heutigen Bundeskanzler, der die Deutsche Einheit noch im September 1989 als „reaktionär und hochgradig gefährlich“ bezeichnet habe, habe sich die OMV stets ohne Wenn und Aber zur Einheit der Nation bekannt. Darüber hinaus dürfe man gerade heute die Opfer von zwei Diktaturen und staatlichem Terror nicht vergessen.

Schäuble unterstrich, dass bereits vor mehr als 50 Jahren die Heimatvertriebenen „wichtige Zeichen der Verständigung und Aussöhnung“ gesetzt und 1950 in ihrer Stuttgarter Charta „zukunftsweisend manifestiert“ haben. Die darin enthaltene Vision eines friedlichen Europas freier Völker und der Verzicht auf Rache und Vergeltung zeige gerade in diesem Jahr, da massenhafte Vertreibung von Menschen wieder nach Europa zurückgekehrt ist, einen Weg in eine friedliche Zukunft auf. Schäuble: „Vertreibung darf kein Mittel der Politik sein.“ Vertreibungen seien zu ächten und den Rechten der Vertriebenen müsse mehr Geltung verschafft werden.

Der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU, Helmut Sauer, betonte in seiner Rede, dass der zerstörerische Umgang der rot-grünen

Bundesregierung mit den Anliegen der Vertriebenen, Spätaussiedlern und den Deutschen in der Heimat die „Doppelbödigkeit rot-grüner Politik“ unterstreiche. Sauer: „Auf der einen Seite verbale Streicheleinheiten à la Schily, auf der anderen Seite zentralistische vertriebenenfeindliche Kulturpolitik à la Naumann.“

Hinzu kommen anstelle angekündigter Verbesserungen bei der Integration der Aussiedler nun „übermäßige Kürzungen

Bundesdelegiertentagung 1999 der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) in Berlin

bei den Rückführungskosten mit menschenunwürdigen Folgen für die Betroffenen“. Die Schließung deutscher Konsulate in Oppeln (Oberschlesien) und Stettin (Pommern) sowie in Temeschwar (Banat) belastete die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den deutschen Volksgruppen und die Beziehungen zu Polen und Rumänien. Sauer forderte die rot-grüne Bundesregierung auf, „ihre Verantwortung gegenüber den Vertriebenen unseres eigenen Volkes endlich wahrzunehmen“.

Der langjährige niedersächsische Bundestagsabgeordnete **Helmut Sauer** (Salzgitter) wurde auf der Bundesversammlung der OMV in Berlin einstimmig wiedergewählt.

Rot-grüne Gesundheitsreform:

Nur Risiken mit Nebenwirkungen

Die CDU in Rheinland-Pfalz, so der Landesvorsitzende Christoph Böhr, protestiert gegen die rot-grüne Gesundheitsreform 2000. Mit einer landesweiten Kampagne geht sie mit Plakaten, einer Info-Broschüre, Wandzeitungen für Arztpraxen und Apotheken, einem Schreiben an Rheinland-Pfälzer, die im Gesundheitsbereich tätig sind, sowie mit Anzeigen gegen die rot-grünen Pläne vor.

Am 10. November hat die CDU-Landtagsfraktion einen Gesundheitstag veranstaltet. Am 27. November 1999 wird ein gesundheitspolitischer Kongress der CDU Rheinland-Pfalz stattfinden. Darüber hinaus werden die Gesundheitspolitiker Walter Altherr, Josef Rosenbauer und Peter Enders Informationsveranstaltungen in allen Kreisen und Städten des Landes durchführen.

Die geplante Gesundheitsreform schadet unserem Land. Sie ist keine Reform, die den Anforderungen eines zeitgemäßen Gesundheitssystems gerecht wird. Sie ist geprägt von Bevormundung, Bürokratisierung und dirigistischer Reglementierung. Bewährte Grundsätze, wie die freie Arzt-

wahl und die Therapiefreiheit des Arztes, werden massiv infrage gestellt.

Die Reform hat unmittelbare negative Auswirkungen auf den Pharma-Standort Rheinland-Pfalz. Die Positivliste behindert Forschung und Entwicklung; durch die Budgetierung sinken die Umsätze. Die landesweit rund 6.000 niedergelassenen Ärzte werden ihre bisherigen Leistungen und Hilfen nicht mehr erbringen können. Die über 100 Plankrankenhäuser werden in ihrer Leistungsfähigkeit bedroht.

Am Ende des rot-grünen Gesundheitsweges wird eine sozialfeindliche Staatsmedizin stehen, wie sie aus anderen Ländern bekannt ist. Dies kann unser Interesse nicht sein. Mangelverwaltung, Rationierung von Gesundheitsleistungen und der Verlust Tausender von Arbeitsplätzen im Gesundheitswesen werden das Ergebnis sein. Die Verlierer sind die Patienten, insbesondere die sozial Schwachen, die sich Gesundheitsleistungen nicht anderweitig beschaffen können.

1997 und 1998 hatte die gesetzliche Krankenversicherung noch Überschüsse von über einer Milliarde Mark jährlich und ist mit finanziellen Reserven von neun Milliarden Mark in das Jahr 1999 gestartet - und dies mit Ausnahme des Arzneimittelbereichs ohne Budgets. Gegenwärtig weist die gesetzliche Krankenversicherung ein Defizit von über drei Milliarden Mark aus. Und dies trotz Einführung von flächendeckenden Budgets. Das zeigt, dass die Budgetierung zur Ausgabensteuerung völlig untauglich ist. Im nächsten Jahr drohen weitere Beitragssatzsteigerungen. Ein Großteil der Probleme sind hausgemacht. Durch unverantwortliche Wahlgeschenke

„Vertrauen verpflichtet“

Unter diesem Motto fand am 6. November der 12. Landesparteitag der Thüringen Union in Weimar statt. Damit ging für die CDU ein überaus erfolgreiches Wahljahr zu Ende. Die CDU müsse nun überall im Land präsent sein, so der Landesvorsitzende, Ministerpräsident Bernhard Vogel in seiner Rede.

Christoph Böhr:

Ein deutliches „Nein“ zu den rot-grünen Rentenplänen

Ein deutliches „Nein“ zur Rentenpolitik der rot-grünen Bundesregierung hat eine Fragebogen-Aktion der CDU in Rheinland-Pfalz erbracht.

Protest und Ablehnung, so der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz, Christoph Böhr, kennzeichneten die Antworten auf den von bislang mehr als 700 Rheinland-Pfälzern ausgefüllten Fragebögen. Die Kritik an dem Plan der Regierung, den Rentnern in den nächsten zwei Jahren nur noch eine Anhebung ihrer Bezüge in Höhe der Inflationsrate zu gewährleisten, sei einhelllich, betonte Böhr.

In vielen Antworten von Rentnern kamen Wut und Enttäuschung gegenüber der Absicht der Bundesregierung zum Ausdruck, „die Rente nach Kassenlage zu bestimmen“. Viele Einzelfälle machten deutlich, dass ohne hin gerin-

ge Lebenshaltungskosten erheblich zurück gefahren werden müssten. Viele Betroffenen befürchten einen un kalkulierten sozialen Abstieg bis zur Sozialhilfebedürftigkeit.

Der rot-grüne Rentenbetrug, so Böhr weiter, müsse vom Tisch. Nur so könne das Fazit der Fragebogen-Aktion lauten. Rente sei der verdiente Lohn für eine lebenslange Anstrengung, sie müsse vor jeder politischen Manipulation geschützt werden. Die CDU stehe für eine verlässliche Rentenpolitik, sie habe mit ihrer Rentenreform ein zukunftsgerichtetes Reformpaket vorgelegt, das einen fairen Ausgleich zwischen Jung und Alt vorsehe. Diese Lösung unterscheidet sich deutlich von den unseriösen und sozialfeindlichen Rentenplänen der Regierung Schröder.

ist ein Teil des aktuellen Defizits entstanden (wie beispielsweise durch die Herabsetzung der Eigenbeteiligung).

Trotzdem setzt die rot-grüne Koalition mit der geplanten Strukturreform ihre Budgetierungs- und Reglementierungspolitik fort. Die Bundesregierung opfert so die Sicherstellung einer erstklassigen medizinischen Versorgung dem Primat einer zentralistischen Kostendämpfungspolitik, die zu Recht den Protest aller Betroffenen hervorruft.

Nach noch nicht einmal einem Jahr ist die Gesundheitspolitik der Bundesregierung hoffnungslos in eine Sackgasse geraten.

Die sozialliberale Landesregierung hat noch immer keinen klaren Standpunkt zur Gesundheitsreform 2000. Sie bleibt weiter uneinig und damit handlungsunfähig in dieser für Rheinland-Pfalz so wichtigen politischen Frage.

Die Landesregierung ist diesen falschen politischen Entscheidungen bislang weder entgegengetreten, noch zeigte sie sich in der Lage oder willens, sich zu einem angemessenen frühen Zeitpunkt mit den drohenden Auswirkungen und Folgen auseinander zu setzen. Sie bleibt aufgefordert, die Gesundheitsreform 2000 im Bundesrat mit zu verhindern. ■

Das Profil der sächsischen Union ist klar

Zum 6. Mal nach der Neugründung des CDU-Landesverbandes 1990 wählte die Sächsische Union einen neuen Landesvorstand. Fritz Hähle MdL, zugleich Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, wurde als Landesvorsitzender in seinem Amt bestätigt.

Er führt den Landesverband seit 1991 als Vize- und seit 1995 als Vorsitzender. Neuer Generalsekretär ist der Landtagsabgeordnete Frank Kupfer aus Oschatz. Er tritt die Nachfolge von Steffen Flath MdL an, der zum Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft berufen wurde. Zwei der bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, Christine Weber MdL, jetzt ebenfalls Staatsministerin, und Heinz Eggert MdL wurden mit gutem Ergebnis wiedergewählt. Neu in der Reihe der drei Stellvertreter ist Finanzminister Prof. Dr. Georg Milbradt MdL, der mit der höchsten Stimmenzahl der drei Vizevorsitzenden punkten konnte.

Hähle setzte in seiner Parteitagrede auf Kontinuität und mahnte an, das Thema „Soziale Gerechtigkeit“ nicht

anderen zu überlassen. „Das Profil der Sächsischen Union ist klar“, betonte er und verwies auf die seit 1993 erarbeiteten Programme der Sächsischen Union. Das „Arbeitsprogramm 2004“ sei die Grundlage unserer zukünftigen Arbeit.

Auch Ministerpräsident Kurt Biedenkopf unterstrich, dass die Zeit der spektakulären Veränderungen vorbei

13. Landesparteitag in Döbeln

sei. Jetzt müsse die Umgestaltung zu einem modernen und wettbewerbsfähigen Sachsen kontinuierlich und mit Blick fürs Detail fortgesetzt werden.

Die Delegierten unterstützen einen Antrag der CDA zur Aufwertung der Erziehungsleistung durch ein Erziehungsgehalt, wie es von der Sächsischen Union bereits mehrfach gefordert wurde. Eine klare Absage jedoch erteilten sie dem Vorhaben der rot-grünen Bundesregierung, mit ihrem Sparpaket die Sozialkassen der Kommunen noch stärker als bisher zu belasten.

In Schleswig-Holstein stammt der meiste Strom aus Kernkraftwerken

In keinem anderen Bundesland stammt so viel Strom aus Kernkraftwerken wie in Schleswig-Holstein. 78 Prozent der dort erzeugten Energie sei 1998 aus Uran gewonnen worden, teilte die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) in Frankfurt mit. 1997 lag der Anteil in Schleswig-Holstein mit 84 Pro-

zent noch höher. Den zweit höchsten Anteil an Atomstrom hatte laut VDEW das Land Bayern mit 66 Prozent, es produzierte zwei Prozent weniger als im Jahr zuvor. In Hessen wurden 64 (63), in Niedersachsen 63 (69) und Baden-Württemberg 61 (63) Prozent des Stroms in Kernkraftwerken erzeugt.

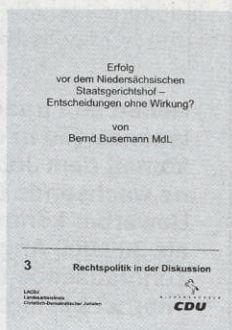
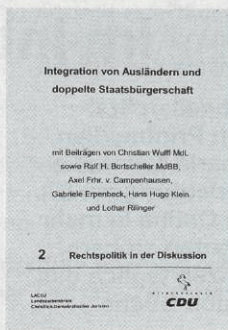
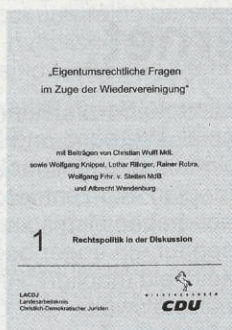
Rechtspolitik in der Diskussion

Die CDU in Niedersachsen und der Landesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (LADCJ) in Niedersachsen haben es sich zum Ziel gesetzt, die Diskussion über die Grundlagen und Ziele der Rechtspolitik auf eine breite Basis zu stellen.

Seit vielen Jahren werden die vor dem LADCJ in Niedersachsen große und bedeutende Vorträge gehalten, ohne dass allerdings diese Beiträge der herausragendsten Juristen und Rechtspolitiker publiziert worden wären. Gemeinsam haben nun der LADCJ und die CDU in Niedersachsen die ersten drei Hefte ihrer Reihe „Rechtspolitik in der Diskussion“ vorgelegt.

Heft 1 behandelt „Eigentumsrechtliche Fragen im Zuge der Wiedervereinigung“ mit Beiträgen vom stellvertretenden Bundesvorsitzenden Rechtsanwalt Christian Wulff MdL, dem Vizepräsidenten des Verfassungsgerichtes Brandenburg Dr. Wolfgang Knippel, Rechtsanwalt Lothar Rilinger, Staatssekretär a.D., und Rechtsanwalt Rainer Robra, Prof. Dr. Wolfgang Frhr. von Stetten MdB und dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft für Agrarfragen Rechtsanwalt Albrecht Wendenburg.

Heft 2 behandelt „Integration von Ausländern und doppelte Staatsbürgerschaft“ u.a. mit Beiträgen vom stellvertretenden Bundesvorsitzenden Rechtsanwalt Christian Wulff MdL, dem damaligen Senator für Inneres Ralf H. Borttscheller MdB, Prof. Dr. Axel Frhr. von



Campenhausen, der Ausländerbeauftragte der Niedersächsischen Landesregierung Gabriele Erpenbeck, dem Richter des Bundesverfassungsgerichts a.D. Prof. Dr. Hans Hugo Klein und Rechtsanwalt Lothar Rilinger.

Heft 3, das sich derzeit durch die Anfechtung der Niedersächsischen Landtagswahl von 1998 vor dem Niedersächsischen Staatsgerichtshof durch eine große Aktualität auszeichnet, beinhaltet das Thema „Erfolg vor dem Niedersächsischen Staatsgerichtshof – Entscheidung ohne eine Wirkung?“ von Bernhard Busemann MdL, dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag.

Weitere Ausgaben in dieser Schriftenreihe folgen, u.a. mit Beiträgen des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Rechtsanwalt Friedrich Merz über „Thesen für eine Steuerpolitik in Deutschland“ und eine Dokumentation zu der Tagung „Thesen zur Kriminalpolitik im Streitgespräch“.

Heft 1 bis 3 können über die Landesgeschäftsstelle der CDU in Niedersachsen (Telefon 05 11/ 27 99 126, Telefax 05 11/27 99 145) kostenlos bezogen werden.

Erfolgreiche Job-Suche im Internet

Neben den traditionellen Stellenanzeigen in den Printmedien kommt dem Jobmarkt Internet eine wachsende Bedeutung zu: Die Bewerber können Online in mehr als 300.000 Angeboten stöbern. Zehntausende nutzen täglich das Internet bei ihrer Job-Suche.

Diesen Trend machen sich inzwischen viele Arbeitgeber zunutze. Die Arbeitsvermittlung Online boomt: Beim Daimler-Chrysler-Dienstleister Debis und bei der Allianz-Versicherung läuft – laut „bizz“ – inzwischen jede dritte Neueinstellung über das Internet. Bei Quelle ist es immerhin schon jede fünfte.

Ein wesentlicher Vorteil der Job-Suche in den elektronischen Medien liegt auf der Hand: Im Internet muss man nicht mehr auf die „Samstagsausgabe“ warten, um mit seiner Bewerbung loslegen zu können. Denn im Internet ist der Arbeitsmarkt rund um die Uhr geöffnet, einen Redaktionsschluss gibt es nicht mehr. Verschiedene Strategien helfen dabei, die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz zu optimieren:

Für eine weltweite Recherche nach Jobs oder bestimmten Berufen empfiehlt sich die Aktivierung von Suchmaschinen. So kann man nicht nur interessante Stellenangebote entdecken, sondern auch wichtige Informationen über den potenziellen Arbeitgeber in Erfahrung bringen.

Neben den Suchmaschinen gibt es diverse Job-Börsen, die sich auf be-

stimmte Berufsfelder, wie zum Beispiel „Werbung und Medien“ oder „Informationstechnologie und Neue Medien“ konzentrieren. Darüber hinaus haben sich spezifische Job-Börsen für ein enger begrenztes Tätigkeitsfeld etabliert: Hierzu gehört beispielsweise die „GASTRO Jobbörse“ für den Hotel- und Gaststättenbereich oder „DAINet“ für Stellen in der Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft.

Weitere Job-Börsen kümmern sich inzwischen sich um die Vermittlung von Arbeitskräften ins Ausland. Neben hochqualifizierten EDV-Spezialisten und Ingenieuren bekommen auch Schüler oder Studenten eine Chance: So werden zahlreiche Praktika und Saisonjobs Online angeboten, zum Beispiel in den USA. Wer Spaß am Abenteuer hat, kann also auch heute noch auf seine Kosten kommen, zum Beispiel als Jobber im Everglade Nationalpark in Florida.

Die CDU hat in ihrem Internet-Angebot im Kapitel „Links“ alle interessanten Surf-Tipps zur Jobsuche eingestellt:

www.cdu.de
Links

Die URL-Adresse lautet:
<http://www.cdu.de/surfen/jobs.htm>

Auf diesen Service können Sie gerne – zum Beispiel vom Angebot Ihres Verbandes aus – hinweisen und einen Link setzen.

Materialien für die Arbeit vor Ort

In einer eigenen Broschürenreihe bereitet die Konrad-Adenauer-Stiftung kommunalpolitische Themen in handlicher und verständlicher Form für die Arbeit vor Ort auf. In den letzten Wochen sind Hefte zu folgenden Themen neu erschienen:

- Die örtliche Gemeinschaft fördern
- Kommunales Wahlrecht ab 16
- Türkische Organisationen in Deutschland
- Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen
- Nachhaltige Stadtentwicklung

In einem kommunalen Wahllexikon sind außerdem erstmals die Kommunalwahlergebnisse der Städte über 100.000 Einwohner und der Landkreise bundesweit zusammengestellt.

Damit liegen nunmehr 12 Themenhefte vor. Bis zu 5 Exemplare pro Heft können kostenlos bestellt werden bei Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Kommunalpolitik z.Hd. Herrn Andreas Struck, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin, Fax: 0 22 41-24 66 32.

Nr.	Thema	Bestellte Exemplare
01	Wahlrecht für EU-Bürger (Mai 1999)	
02	Integration deutscher Spätaussiedler (Mai 1999)	
03	Die Kommunalpolitik stärken. Aktivitäten der Konrad-Adenauer-Stiftung (Oktober 1999)	
04	Kommunale Direktwahl zwischen Persönlichkeitswahl und Parteientscheidung (Juni 1999)	
05	Zur kommunalen Direktwahl (Juni 1999) – Erfahrungen aus Baden-Württemberg und Hessen –	
06	Lokale Agenda 21 (Juni 1999)	
07	Die örtliche Gemeinschaft fördern: Mehr Verantwortung für die Kommunen (Juli 1999)	
08	Kommunales Wahlrecht ab 16 (August 1999)	
09	Türkische Organisationen in Deutschland (September 1999)	
10	Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen (November 1999)	
11	Nachhaltige Stadtentwicklung (November 1999)	
12	Kommunales Wahllexikon (November 1999)	

Absender:

Name:

Straße:

Ort:

Winter und Weihnachten



● Da isser wieder! Ihr CDU-Eiskratzer

Auf vielfachen Wunsch gibt es den aus vergangenen Jahren bekannten Eiskratzer in Trapezform wieder in unserem Versandzentrum:

Der Erfolg dieses in Deutschland hergestellten Trapez-Eiskratzers basiert auf seiner besonderen Form, durch die der Druck optimal direkt auf die Scheibe weitergegeben wird.

Bestell-Nr.: **9890**
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 89,00 DM

● CDU-Schal

Bestell-Nr.: **9362**
Verpackungseinheit: 1 Schal
Preis je Expl.: 9,45 DM

● Geschenkpapierrolle (blau oder rot)

Format: 10m x 75cm
Bestell-Nr. rot: **0303**
Bestell-Nr. blau: **0302**
Verpackungseinheit: 1 Rolle
Preis je Rolle: 14,90 DM

● Siegelmarke

Bestell-Nr.: **0307**
Verpackungseinheit:
1 Rolle à 100 Aufkleber
Preis je Rolle: 7,50 DM

● Schleifenband

Bestell-Nr.: **0306**
Verpackungseinheit:
1 Rolle à 25m
Preis je Rolle: 11,90 DM

● Flaschentasche (blau oder rot)

Bestell-Nr. rot: **0305**
Bestell-Nr. blau: **0304**
Verpackungseinheit:
1 Set à 25 Expl.
Preis je Set: 27,50 DM

● Weihnachts-CD

Bestell-Nr.: **9300**
Verpackungseinheit: 1 Expl.
Preis je Expl.: 7,00 DM

● Weihnachtsliederbuch

Bestell-Nr.: **2867**
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 24,75 DM



Advents- und Weihnachtslieder



CDU



Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Bestellschrift per Post:

IS-Versandzentrum

Postfach 1465

59306 Ennigerloh

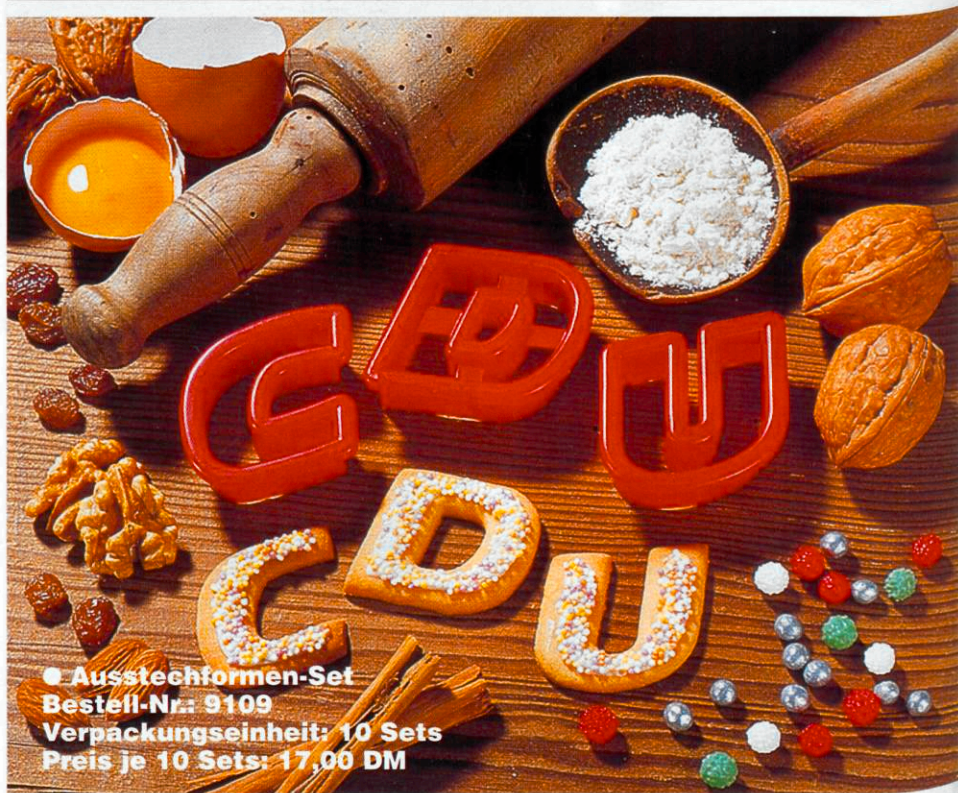
Fax: 0 25 24/91 13 10

E-Mail: cdu-shop@bertelsmann.de



(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 11 90
53348 RHEINBACH
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.



● **Ausstechformen-Set**
Bestell-Nr.: 9109
Verpackungseinheit: 10 Sets
Preis je 10 Sets: 17,00 DM

UiD

36/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den In-**
halt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg
Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon
(02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:**
Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113
Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119.
Vertrieb: Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Pro-
fittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM.
Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.